E-Mail an die Politik – Justizministerium und rechtspolitisch Verantwortliche

Adressat*innen

Zentral für ein wirksames Lieferkettengesetz ist eine starke Haftungsregelung, die dafür sorgt, dass Betroffene von Menschenrechtsverletzungen zu ihrem Recht kommen und eine Chance auf Wiedergutmachung erhalten. Dafür gibt es mit der Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) nun endlich die Chance.

- Eine große Verantwortung, das auch umzusetzen, trägt das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz geführt von der Ministerin **Stefanie Hubig** von der SPD. Sie erreicht ihr unter: poststelle@bmjv.bund.de.
- Neben der Justizministerin selbst spielen auch ihre beiden parlamentarischen Staatssekretär*innen **Frank Schwabe** (frank.schwabe@bundestag.de) und **Anette Kramme** (anette.kramme@bundestag.de) eine wichtige Rolle.
- Auch die SPD-Bundestagsabgeordneten **Carmen Wegge** (Mail an carmen.wegge@bundestag.de) als rechtspolitische Sprecherin der SPD im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und **Sonja Eichwede** (Mail an sonja.eichwede@bundestag.de) als stellvertretenden Fraktionsvorsitzende der SPD mit Fokus für Rechtspolitik sind dafür zuständig eine starke Haftungsregelung im Auge zu behalten und sollten an ihre Verantwortung erinnert werden.

Schreibt die Personen direkt von eurem E-Mailprogramm aus an. Ihr könnt dazu das folgende Textbeispiel als Vorlage nutzen.

Textbeispiel

Betreff: Lieferkettengesetz stärken: Starke Haftungsregelung zum Schutz Betroffener!

Sehr geehrte Frau [NAME], / Sehr geehrter Herr [NAME],

aktuell berät die Bundesregierung über die nationale Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD). Entscheidend ist die Frage, wie ein effektiver **Zugang zu Rechtsschutz für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen** garantiert werden kann. Die Umsetzung der Richtlinie bietet eine historische Chance, das bestehende deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) dahingehend zielgerichtet und wirksam weiterzuentwickeln.

Das Lieferkettengesetz ist ein zentraler **Meilenstein im Kampf gegen Ausbeutung, Kinder- und Zwangsarbeit**. Zahlreiche Beispiele belegen bereits heute seine Wirkung: Es stärkt die Position von Gewerkschaften weltweit und führt zu konkreten Verbesserungen für Beschäftigte vor Ort – von besseren Arbeitsbedingungen auf Bananenplantagen in Ecuador bis hin zur Bekämpfung von Ausbeutung im Transportsektor hier in Deutschland. Und es sorgt für faire Rahmenbedingungen für **verantwortungsvoll wirtschaftende Unternehmen** in Deutschland.

Doch eines fehlt: ein starker Schutz von Betroffenen im Schadensfall. Daher appelliere ich an Sie: Stehen Sie für eine praxistaugliche und **starke Haftungsregelung** ein. Betroffene von Menschenrechtsverletzungen benötigen im Schadensfall einen klar geregelten Anspruch auf Schadensersatz und **Zugang zu deutschen Gerichten**. Ohne eine wirksame zivilrechtliche Haftung bleibt der Rechtsschutz zahnlos. Setzen Sie Ihre politische Stimme dafür ein, dass die bisher erreichten Standards des LkSG im Zuge der EU-Umsetzung nicht untergraben werden. Ein Absenken des Schutzniveaus widerspräche völker- und europarechtlichen Grundsätzen.

In Ihrer Rolle haben Sie sowohl die Chance als auch die **Verantwortung**, die Rechte von Arbeiter*innen in globalen Lieferketten zu schützen. Setzen Sie ein deutliches Zeichen für ein Gesetz, das Mensch und Umwelt schützt und zugleich Rechtssicherheit für nachhaltige Unternehmen schafft.

Mit freundlichen Grüßen

[DEIN NAME]